

Anlage 1

Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht für Straßenbauvorhaben

2. Tektur

Anlass

Die Straßenbauverwaltung des Freistaates Sachsen, vertreten durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr – Niederlassung Bautzen, beabsichtigt den Ausbau der Bundesstraße B 96 nördlich von Zittau mit Anbau eines Radweges zwischen NK 5054045 Station 0,383 (OD-Grenze Mittelherwigsdorf) und NK 5054045 Station 2,212 (OD-Grenze Oderwitz) zuzüglich eines Abschnittes der Ortsdurchfahrt Mittelherwigsdorf von NK 5054045 Station 0,125 sowie eines Abschnittes der Ortsdurchfahrt Oderwitz nach NK 5054045 Station 2,444.

Als Teil der Verbindung von bereits gemäß Radverkehrskonzeption des Freistaates Sachsen 2005 realisierten Radverkehrsanlagen in Zittau und Oderwitz ist der Anbau eines straßenbegleitenden Zweirichtungsradweges im Lückenschluss über das Ende der Ausbaustrecke der B 96 hinaus bis NK 5054045 Station 2,605 vorgesehen.

Das Bauvorhaben liegt überwiegend auf der freien Strecke zwischen beiden Ortslagen mit Ausnahme eines 240 m langen Abschnittes in der Ortsdurchfahrt Mittelherwigsdorf am Beginn sowie eines 230 m langen Abschnittes in der Ortsdurchfahrt Oderwitz am Ende der Baustrecke. Die Länge der Ausbaustrecke beträgt insgesamt 2,306 km mit anschließendem Anbau eines Radweges auf weiteren 0,161 km.

Der Ausbau der Bundesstraße erfolgt weitestgehend im Bestand, wobei dieser durch eine Vielzahl von Zwangspunkten im Grund- und Aufriss gekennzeichnet ist. Ausbauvarianten sind im Rahmen der Vorplanung nur im 1. Teilabschnitt der Baustrecke bis zum Parkplatz am Landberg zzgl. verschiedener Radwegvarianten im gesamten 2. Bauabschnitt betrachtet worden. Die Trassierung der B 96 im 2. Teilabschnitt vom Landberg über das Landwasser bis zur OD-Grenze Oderwitz sollte aus wirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Gründen nicht verändert werden.¹

Der Verlauf der Vorzugsvariante kann wie folgt beschrieben werden:

Auf der freien Strecke bis zum Parkplatz am Landberg wird auf der Ostseite der Fahrbahn ein Zweirichtungsradweg durch einen Seitenstreifen getrennt angebaut. Auf Höhe Parkplatz am Landberg wird im vorhandenen Einschnitt der Radweg über ca. 300 m Länge mit 2,50 m Befestigungsbreite selbstständig trassiert, um die Anzahl der Baumfällungen zu reduzieren. In den anschließenden Einschnitts- und Dammlagen bis zur Brücke über das Landwasser erfolgt der Anbau des Radweges zwecks Eingriffsminimierung direkt am Fahrbahnrand.

Die Gesamttrasse erhält somit folgende Abmessungen:

Bankett	1,50 m
2 x Fahrstreifen	2 x 3,25 m
2 x Randstreifen	2 x 0,50 m
Trennstreifen (bis Bau-km bis 1+110)	1,75 m
Sicherheitsstreifen (ab Bau-km 1+110)	1,25 m
Zweirichtungsradweg	2,50 m
Bankett	0,50 m

¹ Eine vollständige bautechnische Behebung der Unzulänglichkeiten der bestehenden Trasse könnte nur durch eine Absenkung der Gradienten um ca. 2 m im bereits 7 – 8 m tiefen Einschnitt am Landberg mit gravierenden Auswirkungen auf die Vegetation im angrenzenden FFH-Gebiet erreicht werden und hätten einen Brücken-neubau einschließlich der Dammverbreiterung zur Folge.

In der Kurve nach der Brücke über das Landwasser wird die Fahrbahn auf die bestehende Breite von 7,00 m verzogen, die Bankettbreite teilweise bis auf 1,00 m reduziert.

Im Ausbaubereich in der Ortslage Mittelherwigsdorf ist die Westseite der Fahrbahn noch anbaufrei. Die geplanten Breiten der freien Strecke werden auf 50 m Länge ab Ortstafel verzogen und es wird bis zur Einmündung der Alten Landstraße neben einer wie vorhanden 7,00 m breiten Fahrbahn ein 2,50 m breiter Radweg zuzüglich 0,50 m Sicherheitsstreifen mit Hochbord angebaut. Danach wird bis zum Beginn der Baustrecke im vorliegenden Entwurf nur der bereits vorhandene Gehweg an die geplante Linienführung angepasst.

Im entlang der Ostseite ebenfalls noch anbaufreien Eingangsbereich der Ortsdurchfahrt Oderwitz wird der breitere Sicherheitsstreifen der freien Strecke zunächst beibehalten und begrünt bzw. in Höhe der Bushaltestelle für den Fahrgastwechsel befestigt. Auf 50 m Länge wird die Fahrbahnbreite von 7,00 m auf die vorhandene Breite von 6,50 m verzogen. Zwischen Haus Nr. 2 und Haus Nr. 3 quert der Radweg die Fahrbahn. Daraufhin wird der Ausbau der B 96 mit Anbau des Radweges an der Westseite der Fahrbahn bis Haus Nr. 7 in einer Gesamtbreite von 11,50 m fortgesetzt.

Danach ist die Westseite der Fahrbahn anbaufrei und der grundhafte Ausbau endet hier. Im Anschluss wird ein 2,50 m breiter Radweg fahrbahnbegleitend auf der angrenzenden Ackerfläche errichtet und damit der Lückenschluss zum bereits vorhandenen Radweg ab Einmündung Scheibestraße hergestellt.

Die Fahrbahnbefestigung der B 96 erhält stets eine Asphaltdeckschicht und eine Gesamtdicke von 80 cm, die des Radweges eine Gesamtdicke von 30 cm sowie die der Zufahrten eine Gesamtdicke von 50 cm.

Die Böschungen erhalten eine Regelneigung 1:1,5 und werden mit Oberboden und Rasensaat versehen. Ausrundungen sind nur im geplanten Einschnitt zwischen Bau-km 0+000 und Bau-km 0+550 vorgesehen.

Infolge des anstehenden Baugrundes ist nicht von einer natürlichen Versickerung des Straßenoberflächenwassers auszugehen. Beim Ausbau des 2. BA wird das vorhandene Entwässerungssystem weitgehend beibehalten, jedoch i.d.R. erneuert und ergänzt. Bei der Planung wurde eine überwiegend offene Entwässerung mit Trennung von belastetem und unbelastetem Oberflächenwasser angestrebt. Ausnahmen bilden die Bereiche am Beginn und Ende der Baustrecke, wo die vorhandene geschlossene Entwässerung angepasst und ergänzt bzw. neu gebaut wird sowie der Abschnitt zwischen der Brücke über das Landwasser und Bau-km 1+790, wo auf 125 m Länge eine geschlossene Entwässerung neu errichtet wird, die am Dammfuß in die Entwässerungsmulde ausläuft. Aufgrund des nach dem Ausbau der B 96 zusätzlich auftretenden Oberflächenabflusses ist am Beginn der Baustrecke die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens erforderlich, damit es zu keiner signifikanten Erhöhung der Einleitmenge in die in der Ortslage vorhandenen Sammelleitungen kommt.

Die Erschließung der Baustrecke erfolgt über die B 96. Der Ausbau der B 96 muss halbseitig und abschnittsweise erfolgen, mit provisorischer Befestigung der Radwegflächen zur Verkehrsführung.

Aufgabenstellung

In dieser Unterlage wird die UVP-Pflicht gemäß dem „Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für den „Ausbau der B 96 nördlich Zittau, 2. Bauabschnitt, mit Anbau eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Mittelherwigsdorf und Oderwitz“ anhand des „Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht von Bundesfernstraßenvorhaben, 2005“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) geprüft.

Der Prüfkatalog gliedert sich in die Teile A und B mit folgenden Inhalten:

Teil A: Prüfung der unbedingten UVP-Pflicht bei Neuvorhaben gemäß § 6, bei Änderungsvorhaben gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 6 UVPG oder bei kumulierenden Vorhaben gemäß § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 3 Nr. 1, § 12 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 6 UVPG.

Teil B: Vorprüfung bei Neuvorhaben nach § 7 UVPG, bei Änderungsvorhaben gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 oder Abs. 3 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 2 UVPG i. V. m. § 7 UVPG oder bei kumulierenden Vorhaben gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 2 UVPG, § 12 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 7 UVPG.

Teil A enthält die Angaben des Gesetzes, die für ein Vorhaben aufgrund seiner Art oder seines Umfangs eine UVP ohne vorherige Vorprüfung des Einzelfalls vorschreiben. Teil B stellt den eigentlichen Prüfkatalog für die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls dar und hat folgende Inhalte:

1. Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens
2. Standortbezogene Kriterien (Nutzungskriterien, schutzgutbezogene Kriterien, rechtswirksame Schutzgebietskategorien und Qualitätskriterien).
3. Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen
4. Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens

TEIL A: UNBEDINGTE UVP-PFLICHT BEI NEUVORHABEN, BEI ÄNDERUNGSVORHABEN ODER BEI KUMULIERENDEN VORHABEN

Straßenbauvorhaben mit gesetzlich vorgeschriebener UVP gemäß §§ 6, 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1, 10 Abs. 1, 11 Abs. 3 Nr. 1, 12 Abs. 2 Nr. 1, 12 Abs. 3 Nr. 1 UVPG i. V. m. Anlage 1 Nr. 14.3 bis 14.5 zum UVPG		Zutreffendes ankreuzen
1. Neuvorhaben		
1.1	Neubau einer Bundesautobahn oder einer Bundesstraße als Schnellstraße (vgl. Anlage 1 Nr. 14.3 UVPG)	<input type="checkbox"/>
1.2	Neubau einer vier- oder mehrstreifigen Bundesstraße, die eine durchgehende Länge von 5 km oder mehr aufweist (vgl. Anlage 1 Nr. 14.4 UVPG)	<input type="checkbox"/>
1.3	Ausbau oder Verlegung einer bestehenden Bundesstraße zu einer vier- oder mehrstreifigen Bundesstraße, wenn der auszubauende und/oder verlegte Abschnitt eine durchgehende Länge von 10 km oder mehr aufweist (vgl. Anlage 1 Nr. 14.5 UVPG)	<input type="checkbox"/>
2. Änderungsvorhaben		
Es sind nur die Änderungen/Erweiterungen von Abschnitten zu berücksichtigen, die nach dem 14. März 1999 hergestellt oder rechtlich gesichert wurden.		
2.1	Änderung oder Erweiterung eines Vorhabens, für das eine UVP durchgeführt worden ist, wenn allein die Änderung die Größenwerte der Punkte 1.1 bis 1.3 erreicht oder überschreitet (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 1 UVPG).	<input type="checkbox"/>
2.2	Änderung oder Erweiterung eines Vorhabens, für das keine UVP durchgeführt worden ist, wenn das geänderte Vorhaben die Größenwerte der Punkte 1.1 bis 1.3 erreicht oder überschreitet (vgl. § 9 Abs. 2 Nr. 1 UVPG).	<input type="checkbox"/>

3. Kumulierende Vorhaben

Kumulierende Vorhaben liegen vor, wenn mehrere Vorhaben derselben Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen.

Ein enger Zusammenhang liegt vor, wenn sich der Einwirkungsbereich der Vorhaben überschneidet und die Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen sind (§ 10 Abs. 4 UVPG).

Der Einwirkungsbereich ist das geographische Gebiet, in dem Umweltauswirkungen auftreten, die für die Zulassung eines Vorhabens relevant sind.

Ein enger funktionaler Zusammenhang ist dann gegeben, wenn die Vorhaben durch gemeinsame betriebliche oder bauliche Einrichtungen verbunden sind.

Bei Nr. 1.2 und 1.3 muss zusätzlich ein enger zeitlicher Zusammenhang bestehen (vgl. § 10 Abs. 5).

Generell kann angenommen werden, dass ein enger zeitlicher Zusammenhang dann besteht, wenn die Antragstellung für das hinzutretende kumulierende Vorhaben noch innerhalb der Frist erfolgt, nach deren Ablauf ein Planfeststellungsbeschluss außer Kraft treten würde, wenn nicht mit der Ausführung des Plans begonnen worden wäre (siehe § 17c Nummer 1 FStrG: 10 Jahre nach Eintreten der Unanfechtbarkeit, Verlängerungsoption um 5 Jahre).

Es sind nur die Abschnitte zu berücksichtigen, die nach dem 14. März 1999 hergestellt oder rechtlich gesichert wurden.

3.1	Die kumulierenden Vorhaben erreichen oder überschreiten zusammen die Größenwerte der Punkte 1.1 bis 1.3 (vgl. § 10 Abs. 1 UVPG).	<input type="checkbox"/>
3.2	Zu einem Vorhaben, für das eine Zulassungsentscheidung getroffen worden ist (früheres Vorhaben), hinzutretende kumulierende Vorhaben.	
	Für das frühere Vorhaben wurde keine UVP durchgeführt und die kumulierenden Vorhaben zusammen erreichen oder überschreiten zusammen die Größenwerte der Punkte 1.1 bis 1.3 (vgl. § 11 Abs. 3 Nr. 1 UVPG).	<input type="checkbox"/>
3.3	Hinzutreten von kumulierenden Vorhaben zu einem Vorhaben, das zum Zeitpunkt der Antragstellung für das hinzutretende kumulierende Vorhaben noch im Zulassungsverfahren ist und keine Zulassungsentscheidung getroffen wurde (früheres Vorhaben).	
	Für das frühere Vorhaben allein besteht keine UVP-Pflicht und die kumulierenden Vorhaben erreichen oder überschreiten zusammen die Größenwerte der Punkte 1.1 bis 1.3 (vgl. § 12 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 UVPG).	<input type="checkbox"/>

Falls keiner der oben genannten Punkte zutrifft, ist die UVP-Pflicht für den „Bau sonstiger Bundesstraßen“ durch eine Allgemeine Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 UVPG (vgl. Anlage 1 Nr. 14.6) oder für die „Änderung eines Vorhabens durch eine Allgemeine Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 UVPG (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 2 oder Abs. 3 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 2 UVPG) oder wenn zu einem beantragten, bestehenden oder zugelassenen Vorhaben, für das eine UVP durchgeführt worden ist, ein kumulierendes Vorhaben hinzutritt (vgl. Teil A Nr. 3), durch eine Allgemeine Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 UVPG (vgl. § 11 Abs. 2 Nr. 2 und § 12 Abs. 1 Nr. 2 UVPG), zu ermitteln.

Das geplante Vorhaben (Ausbau der B 96 nördlich Zittau, 2. Bauabschnitt, mit Anbau eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Mittelherwigsdorf und Oderwitz) fällt in die Kategorie „Bau sonstiger Bundesstraßen“. Nach Anlage 1 Nr. 14.6 UVPG ist eine „allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ für diese Kategorie erforderlich.

In Abbildung 1 ist der Ablauf der „allgemeinen Vorprüfung“ schematisch dargestellt.

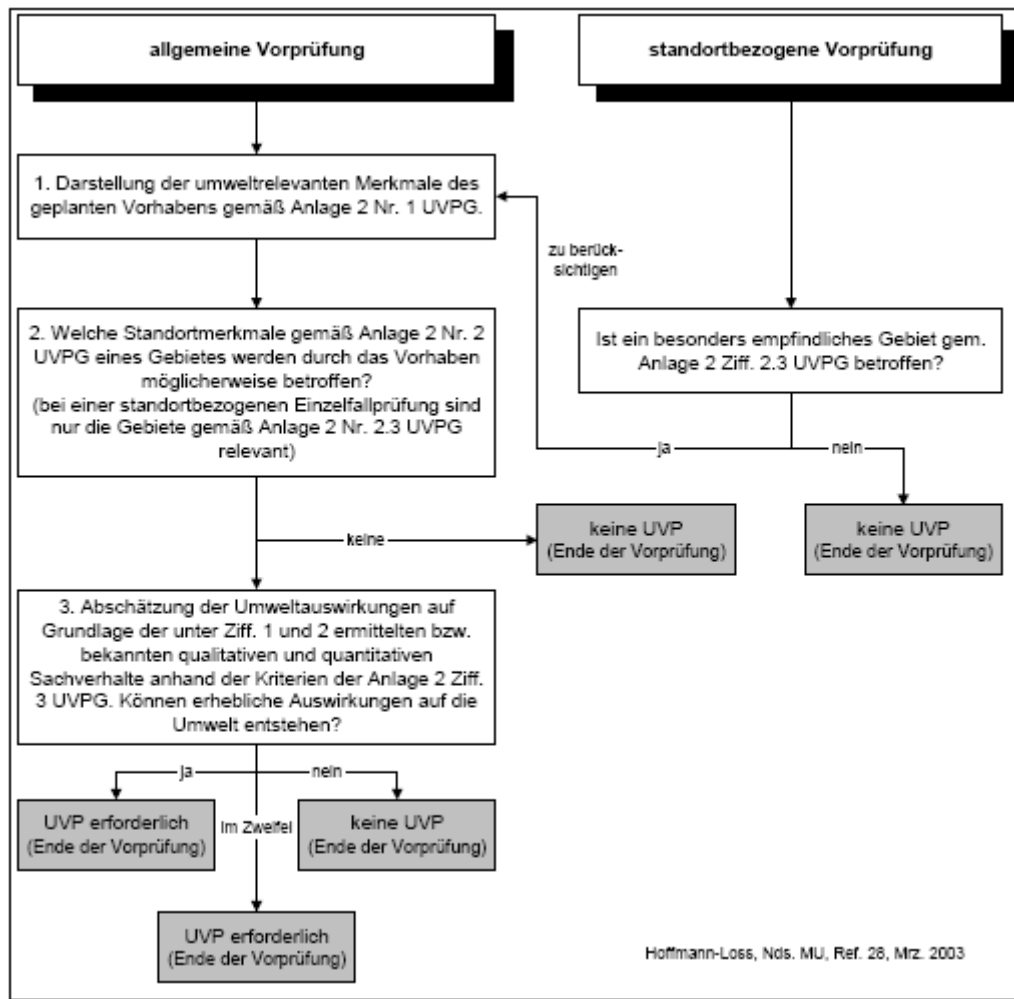


Abbildung 1: Ablaufschema von "allgemeiner" und "standortbezogener" Vorprüfung

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls erfolgt auf der Grundlage geeigneter Angaben zum Vorhaben. Bei der nachfolgenden Untersuchung handelt es sich um eine Zusammenstellung von Daten und eine gutachterliche Beurteilung unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 2 UVPG. Sie dient als Grundlage für die Entscheidung der zuständigen Behörde.

TEIL B: ALLGEMEINE VORPRÜFUNG DES EINZELFALLS (§ 3c UVPG)

1	Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens Zusätzliche Erläuterungen gegebenenfalls am Ende dieser Tabelle. <input type="checkbox"/> Neubaumaßnahme <input checked="" type="checkbox"/> Änderung oder Erweiterung einer Straße	Art/Umfang		
1.1	Baulänge in km: Ausbaustrecke mit Anbau Radweg Radweg nach der Ausbaustrecke	2,306 km 0,161 km		
1.2	Geschätzte Flächeninanspruchnahme der Baumaßnahme einschließlich Nebenanlagen (ohne Ausgleichsflächen) in ha (Bau / Anlage):	4,53 ha		
1.3	Geschätzter Umfang der Neuversiegelung in ha:	Neuversiegelung 1,25 ha abzüglich Entsiegelung bestehende Straße 0,65 ha = 0,60 ha		
1.4	Geschätzter Umfang der Erdarbeiten in m³:	Erdarbeiten ca. 48.200 m³ davon Erdstoff ca. 39.600 m³ - Wiedereinbau ca. 3.800 m³ davon Oberboden ca. 8.600 m³ - Wiedereinbau ca. 3.600 m³		
1.5	Ingenieurbauwerke (z. B. Anzahl der Brückenbauwerke, gegebenenfalls erläutern):	keine neuen Ingenieurbauwerke; vorhandene Brücke über das Landwasser (Bauwerk Nr. 3) bleibt unverändert		
1.6	Geschätzte Dauer der Bauzeit:	1 bis 1,5 Jahre		
Treten nachfolgende Wirkfaktoren bei dem Vorhaben auf? Zusätzliche Erläuterungen gegebenenfalls am Ende dieser Tabelle.		nein	ja	Geschätzter Umfang/ Erläuterungen
1.7	Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch das Vorhaben / prognostizierte Verkehrsbelastung (DTV)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.8	Erhöhung der Lärmemissionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	keine erheblichen
1.9	Erhöhung der Schadstoffemissionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	keine erheblichen
1.10	Zusätzliche Zerschneidung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.11	Visuelle Veränderungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Verlust von 68 Bäumen Trasse z.T. im Einschnitt
1.12	Grundwasserabsenkung oder Grundwasserstauung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.13	Gewässerquerung, -änderung oder Gewässerverlegung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.14	Klimatische Veränderungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	keine erheblichen

1.15	Zusammenwirken mit anderen beantragten, bestehenden oder zugelassenen Vorhaben (kumulierende Vorhaben, § 10 Abs. 4 und Abs. 5 UVPG)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.16	Risiko von Unfällen und Katastrophen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	kein erhebliches
1.17	<p>Sonstige Wirkungen oder Merkmale des Vorhabens (Anlage, Bau oder Betrieb), die erhebliche nachhaltige Umweltauswirkungen hervorrufen können:</p> <ul style="list-style-type: none"> > Abwasser/Oberflächenentwässerung > Abfall (z. B. belastete Böden/Asphalte bei Ausbaumaßnahmen) > Rohstoffbedarf > besondere Probleme des Baugrundes > Abwicklung des Baubetriebes > _____ > andere, und zwar: <ul style="list-style-type: none"> > Grenzüberschreitende Auswirkungen > _____ 	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
1.18	Handelt es sich offensichtlich um einen empfindlichen Standort?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

Gesamteinschätzung der Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens

Einschätzung, ob von dem Vorhaben aufgrund der unter B 1.1 bis B 1.17 beschriebenen Wirkfaktoren und einer groben Betrachtung des betroffenen Standortes erhebliche nachteilige Auswirkungen ausgehen können:

Aufgrund der durchgeführten Prüfschritte unter B 1 scheinen erhebliche Umweltauswirkungen aufgrund der Empfindlichkeit des Standortes (straßenbegleitende Gehölze, Landwasseraue, Tangierung des FFH-Gebietes „Mandautal“) nicht ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden die weiteren Prüfschritte nach Ziffer 2: Standortbezogene Kriterien und Ziffer 3 und 4: Gesamteinschätzung der Auswirkungen durchgeführt.

Erläuterungen zu 1:

1.1 bis 1.5

Bei der Maßnahme handelt es sich um den Ausbau einer Bundesstraße mit Anbau eines Radweges zwischen Mittelherwigsdorf und Oderwitz (Niederoderwitz) auf einer Ausbaulänge mit Radweg von 2.306 m. Nach dem Ende der Ausbaustrecke erfolgt ein zusätzlicher Anbau eines Radweges auf einer Länge von 161 m an die bestehende B 96 zur Anbindung an den bestehenden Radweg in Oderwitz.

Der Ausbau der Bundesstraße erfolgt weitestgehend im Bestand. Achse und Gradienten der Straße wurden im Wesentlichen dem vorhandenen Straßenverlauf angepasst. Zwischen Bau-km 0+170 und Bau-km 0+770 wurde die Linienführung verbessert. Das bedeutet, dass die Lage der neuen B 96 in diesem Abschnitt geringfügig nach Westen verlegt wurde (max. 30 m).

Der Radweg verläuft in der Regel direkt parallel der auszubauenden B 96. Zwischen Bau-km 0+840 und Bau-km 1+120 schwenkt der Radweg nach Osten ab, um den Erhalt vorhandener Altholzstrukturen im Straßenseitenraum der B 96 zu gewährleisten. Durch diese Verschwenkung können im Vergleich zur Vorplanung 41 wertvolle Bäume (Ahorn, Buche, Linde und Esche mit Stammdurchmessern bis zu 0,9 m) erhalten werden. Dafür müssen 13 kleinere Bäume (überwiegend Birken) gefällt werden, so dass insgesamt der Verlust von 28 Bäumen vermieden wird.

Die zusätzliche Versiegelung liegt bei ca. 0,8 ha (Neuversiegelung von ca. 1,2 ha – Entsiegelung von ca. 0,4 ha). Die sonstige Flächeninanspruchnahme für die Begleitflächen, wie z.B. Bankette, Trennstreifen, Böschungen, Mulden und Außenanlagen des Regenrückhaltebeckens, liegt bei ca. 1,00 ha. Diese Flächen werden wieder begrünt (ca. 2,2 ha) oder mit Gehölzen bepflanzt (ca. 0,4 ha).

Der gesamte Umfang der Erdarbeiten beträgt ca. 48.200 m³. Die Erdmassen setzen sich aus 8.600 m³ Oberboden und 39.600 m³ Unterboden einschließlich der vorhandenen ungebundenen Tragschichten zusammen. Beim Oberboden können 3.600 m³ wieder abgedeckt werden. Vom Unterboden können insgesamt 3.800 m³ wieder eingebaut werden. Ein Massenausgleich ist bei gleichzeitiger Verbesserung der Linienführung und der dadurch erzielten Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht realisierbar.

1.7 bis 1.17

Das Verkehrsaufkommen wird sich gemäß der Prognose für 2025 von 6.824 Kfz/d (Bestand 2010) auf 4.500 Kfz/d verringern.

Nach dem „Merkblatt über Luftverunreinigungen an Straßen (MLuS 02, geänderte Fassung 2005) werden die verkehrsbedingten Schadstoffemissionen zurückgehen.

Durch die Maßnahmen kommt es zu visuellen Veränderungen aufgrund des Verlustes von insgesamt 68 Bäumen sowie der abschnittswisen Lage der Trasse zwischen Mittelherwigsdorf und Landberg im Einschnitt. Als positive visuelle Veränderung ist die Einschnittslage zu bewerten, da der Verkehr im Einschnitt „verschwindet“. Außerdem werden die Einschnittsböschungen in den oberen Abschnitten flächenhaft mit Gehölzen bepflanzt, sodass die Beeinträchtigung durch die Straße weiter gemindert wird. Die negative visuelle Veränderung durch die Baumverluste wird durch die Neupflanzung von 69 Bäumen kompensiert.

Durch die Mehrversiegelung von ca. 0,8 ha wird die Grundwasserneubildung geringfügig vermindert.

Aufgrund der geringen Mehrversiegelung von ca. 0,8 ha sind erhebliche klimatische Veränderungen nicht zu erwarten, da keine bedeutenden Kaltluftabflussbahnen betroffen sind.

1.18

Der Standort wird als empfindlich eingestuft, da die Maßnahme zum einen das FFH-Gebiet „Mandautal“ zwischen Bau-km 1+330 und 1+880 tangiert und zum anderen potentielle Lebensräume für besonders geschützte Arten vorhanden sind (Baumgruppen, Feldgehölze und Landwasseraue).

2	Standortbezogene Kriterien			
2.1	Nutzungen Sind Nutzungen betroffen, die im Zusammenhang mit den Merkmalen und Wirkfaktoren des Vorhabens zu erheblichen nachhaltigen Umweltauswirkungen führen können? Wenn ja, am Ende dieser Tabelle erläutern. Gibt es:	nein	ja	Art, Umfang und Größe
2.1.1	Aussagen in dem für das Gebiet geltenden regionalen Raumordnungsprogramm oder in der Flächennutzungsplanung zu Nutzungen, die mit dem Vorhaben unvereinbar sind (z. B. Vorranggebiete oder Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft oder Erholung)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.2	Wohngebiet oder Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte (insbesondere zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 ROG)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.3	Empfindliche Nutzungen (Krankenhäuser, Altersheime, Kirchen, Schulen etc.)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.4	Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Erholungsnutzung/ den Fremdenverkehr?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.5	Altlasten, Altablagerungen, Deponien?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.6	Flächen mit besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft
2.1.7	Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.8	Besteht durch das Vorhaben die Möglichkeit, dass ein Störfall eines Seveso III-Betriebes eintritt, sich die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Störfalles vergrößert oder sich die Folgen eines Störfalles verschlimmern können?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.9	Sonstige nutzungsbezogene Kriterien, und zwar:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Erläuterungen zu Punkt 2.1				
2.1.6	Die landwirtschaftlich genutzten Flächen beidseits der B 96 sind zwischen Mittelherwigsdorf und Landwasser als „Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft“ im Regionalplan Oberlausitz-Niederschlesien von 2010 ausgewiesen.			
2.2	Rechtswirksame Schutzgebietskategorien Sind durch das Vorhaben Gebiete betroffen, die einen Schutzstatus besitzen? Wenn ja, sind der Umfang und die Erheblichkeit der Betroffenheit am Ende der Tabelle zu erläutern. Insbesondere ist zu erläutern, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gemäß § 34 BNatSchG erforderlich ist. In den Bundesländern sind die Schutzgebietskategorien entsprechend den landesrechtlichen Regelungen zu berücksichtigen.	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Art, Größe Umfang der Betroffenheit

2.2.1	Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder europäische Vogelschutzgebiete gemäß § 32 BNatSchG (es sind auch Beeinträchtigungen zu betrachten, die von außen in das Gebiet hineinwirken können). Solange Natura 2000-Gebiete nicht abschließend bestimmt sind, sollten auch potentielle Gebiete mitbetrachtet werden.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Tangierung des FFH-Gebietes „Mandautal“ zwischen Bau-km 1+328 und Bau-km 1+878
2.2.2	Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG / § 14 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.3	Nationalparke od. Nationale Naturmonumente gemäß § 24 BNatSchG / § 15 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.4	Biosphärenreservate gemäß § 25 BNatSchG / § 16 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.5	Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.6	Naturparke gemäß § 27 BNatSchG / § 17 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.7	Naturdenkmale gemäß § 28 BNatSchG / § 18 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.8	Geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, gemäß § 29 BNatSchG / § 19 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.9	Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 21 SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.10	Sonstige besonders geschützte Bereiche gemäß SächsNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.11	Wasserschutzgebiete gemäß §§ 51, 52 WHG / § 46 SächsWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.12	Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 WHG / § 47 SächsWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.13	Risikogebiete gemäß § 73 Abs. 1 WHG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.14	Überschwemmungsgebiete gemäß §§ 76 - 78 WHG / §§ 72 - 75 SächsWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.15	Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale, archäologische Interessengebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.16	Schutzwald und Erholungswald gemäß §§ 29 - 31 SächsWaldG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.17	Naturwaldzellen gemäß § 29 Abs. §. Nr. 1 SächsWaldG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Erläuterungen zu Punkt 2.2				

2.2.1	<p><u>Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder europäische Vogelschutzgebiete gemäß § 33 BNatSchG</u></p> <p>Der Ausbaubereich der Maßnahme tangiert das FFH-Gebiet „Mandautal“ an seiner östlichen Grenze zwischen Bau-km 1+328 und 1+878. Nach der FFH-Richtlinie und dem BNatSchG ist für Projekte, die an ein FFH-Gebiet angrenzen, eine FFH-Vorprüfung vorgesehen.</p> <p>Diese FFH-Vorprüfung (Unterlage 19.5) für das FFH-Gebiet „Mandautal“ kommt zu folgendem Ergebnis:</p> <p>Durch die Auswirkungen des Vorhabens unter Berücksichtigung der räumlichen Abgrenzung (es wird weder direkt noch indirekt in Lebensräume der geschützten Arten sowie deren Populationen eingegriffen) ist ein Flächen- bzw. Funktionsverlust des untersuchten FFH-Gebietes und ein damit möglicherweise verbundener Rückgang von geschützten Populationen im untersuchten FFH-Gebiet nicht zu befürchten. Die Möglichkeit erheblicher Auswirkungen auf die speziellen Funktionen des Gebietes, die zum langfristigen Fortbestand der Lebensräume mit ihren Arten notwendig sind, ist nicht zu erwarten. Es ist nicht mit negativen Auswirkungen durch das Vorhaben auf die geschützten Populationen zu rechnen. Eine Gefährdung des Fortbestandes der Arten kann damit ausgeschlossen werden.</p> <p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung des betrachteten FFH-Gebietes DE 5054-301 durch das Vorhaben ausgeschlossen ist. Die Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich.</p>			
2.3	<p>Schutzgutbezogene Kriterien (Qualitätskriterien)</p> <p>Können die Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens aufgrund der Qualität der betroffenen Schutzgüter zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führen? Die Informationen sind im Wesentlichen aus der Landschaftsplanung des Landes zu entnehmen. Bei Betroffenheit gegebenenfalls zusätzlich am Ende der Tabelle erläutern.</p>	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Art, Größe und Umfang der Betroffenheit
2.3.1	Lebensräume mit besonderer Bedeutung für Pflanzen oder Tiere (soweit bekannt auch die Lebensräume/Vorkommen streng geschützter Arten i. S. von § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Habitate für Fledermäuse und Vögel (siehe Erläuterungen)
2.3.2	Böden mit besonderen Funktionen für den Naturhaushalt (z. B. Böden mit besonderen Standorteigenschaften, mit kultur- oder naturhistorischer Bedeutung, Hochmoore, alte Waldstandorte)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.3.3	Oberflächengewässer mit besonderer Bedeutung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Landwasser geringe Betroffenheit durch Einleitung von Oberflächenwasser
2.3.4	Natürliche Überschwemmungsgebiete	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.3.5	Bedeutsame Grundwasservorkommen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.3.6	Für das Landschaftsbild bedeutende Landschaften oder Landschaftsteile	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Verlust von 68 Bäumen innerhalb von Baumgruppen oder -reihen oder Einzelbäume
2.3.7	Flächen mit besonderer klimatischer Bedeutung (Kaltluftentstehungsgebiete, Frischluftbahnen) oder besonderer Empfindlichkeit (Belastungsgebiete mit kritischer Vorbelastung)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

2.4	Umweltqualitätsnormen Sind durch das Vorhaben Gebiete betroffen, in denen nationale oder europäisch festgelegte ²⁾ Umweltqualitätsnormen bereits erreicht oder überschritten sind? Falls betroffen, bitte unten näher erläutern.	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Art und Umfang der Betroffenheit					
	Erläuterungen zum Gebiet, zu Umweltqualitätsnormen und zur Höhe der Überschreitung der Normen.								
3	Überblick über die Erheblichkeit möglicher Auswirkungen	Kriterien für die Einschätzung der Auswirkungen							
Die möglichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter sind anhand der unter Punkt 1 und 2 gemachten Angaben zu beurteilen. Die Matrix dient nur dazu, einen Überblick über die näher zu behandelnden Punkte bei der Gesamteinschätzung zu geben. Wenn in der Zeile für ein Schutzgut kein Eintrag erfolgt, ist dieses Schutzgut für die Einschätzung nicht maßgeblich.		Relativ hohes Ausmaß	Relativ geringe Wiederherstellbarkeit	Relativ große Schwere/Komplexität	Relativ hohe Wahrscheinlichkeit	Relativ lange Dauer	Relativ hohe Häufigkeit	kumulierende	grenzüberschreitend
3.1	Bevölkerung und menschliche Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.2	Tiere	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.3	Pflanzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.4	Biologische Vielfalt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.5	Boden	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.6	Fläche	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.7	Grundwasser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.8	Oberflächengewässer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.9	Luft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.10	Klima und Auswirkungen auf Klimawandel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.11	Landschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.12	Kulturelles Erbe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.13	Sonstige Sachgüter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

¹⁾ Da die Kriterien einer ständigen Fortschreibung und Aktualisierung bedürfen, wurde auf eine Auflistung verzichtet. Es wird beim BMU angeregt, eine relevante Liste zu erstellen und über das Internet zur Verfügung zu stellen.

4	Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens		
<p>Besteht die Möglichkeit, dass von dem Vorhaben aufgrund der oben beschriebenen Auswirkungen erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt ausgehen?</p> <p>Wenn ja, gibt es die Möglichkeit, durch Maßnahmen die erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen offensichtlich auszuschließen?</p> <p>Wenn nein, besteht UVP-Pflicht.</p> <p>Diese Gesamteinschätzung kann vom Vorhabenträger vorbereitet werden. Zuständig für die Entscheidung ist letztendlich die Genehmigungsbehörde.</p> <p>Wird eine UVP-Pflicht verneint, ist dies anhand der Kriterien (vgl. Anlage 3 zum UVPG) zu begründen (vgl. § 5 Abs. 2 UVPG). Die Begründung soll die Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen des Vorhabens enthalten und erläutern, warum aus Sicht des Vorhabenträgers bzw. der Genehmigungsbehörde keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.</p> <p>Erst die argumentative Zusammenfassung der einzelnen Teile des Prüfkataloges ermöglicht eine Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen und damit eine Gesamteinschätzung.</p>		<p>nein</p> <p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>nein (UVP-Pflicht)</p> <p><input type="checkbox"/></p>	<p>ja</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>ja</p> <p><input type="checkbox"/></p>
<p>Erläuterungen zur Gesamteinschätzung:</p> <p><u>Bevölkerung und menschliche Gesundheit</u></p> <p>Durch den Ausbau der B 96 und den Anbau eines Radweges sind keine erheblichen und nachhaltigen Auswirkungen auf den Menschen und insbesondere auf die Funktion Wohnen zu erwarten. Positive Effekte werden durch die Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht, da die Gradienten im Bereich zwischen Mittelherwigsdorf und dem Landberg verkehrssicherer ausgelegt wurde und der Radverkehr zwischen Mittelherwigsdorf und Oderwitz getrennt vom motorisierten Verkehr geführt wird.</p> <p><u>Tiere</u></p> <p>Durch den Ausbau der B 96 und den Anbau eines Radweges können Tiere potenziell beeinträchtigt werden. Aufgrund der Ergebnisse des Artenschutzbeitrages und der darin vorgeschlagenen Vermeidungsmaßnahmen „Baufeldberäumung außerhalb der Vegetationsperiode und der Brut- und Aufzuchszeiten“, „Suche nach Fledermausbesatz vor der Fällung der Bäume“ und „Ökologische Baubegleitung“ können erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Tiere ausgeschlossen werden.</p> <p><u>Pflanzen</u></p> <p>Durch den Ausbau der B 96 und den Anbau eines Radweges werden Teile hochwertiger Biotoptypen, wie z.B. 68 Bäume als Bestandteil von Baumgruppen oder –reihen oder Einzelbäume und 220 m² Gehölzflächen in Anspruch genommen.</p> <p>Durch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen (Neupflanzung von 69 Bäumen als Baumgruppe oder –Reihe sowie Anlage von 3.781 m² Gehölzfläche), wie im landschaftspflegerischen Begleitplan beschrieben, werden diese Beeinträchtigungen vollständig kompensiert.</p>			

Boden und Fläche

Durch die Baumaßnahme wird Boden in einem Umfang von ca. 1,2 ha neu versiegelt. Dies bedeutet einen weitgehend dauerhaften Verlust aller Bodenfunktionen. Dem gegenüber steht eine Entsiegelung von 0,4 ha. Die sonstige Flächeninanspruchnahme für die Begleitflächen, wie z.B. Bankette, Trennstreifen, Böschungen, Mulden und Außenanlagen des Regenrückhaltebeckens, liegt bei ca. 1,8 ha. Diese Flächen werden wieder begrünt (ca. 2,3 ha) oder mit Gehölzen bepflanzt (ca. 0,2 ha).

Hier können die Bodenfunktionen durch sorgsamen Umgang und Aufbringen von Oberboden wieder weitgehend hergestellt werden.

Bei den in Anspruch genommenen Böden handelt es sich um regional und lokal häufig vorkommende Bodengesellschaften, die im Bereich der B 96 bereits einer Vorbelastung unterliegen. Durch naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen (z.B. Entsiegelung und Begrünung nicht mehr benötigter versiegelter Flächen, Gehölz- und Baumpflanzungen, Umwandlung von Ackerflächen zu extensivem Grünland) werden Verbesserungen der Bodenfunktionen auf aufwertungsbedürftigen Flächen erzielt. Schwerwiegende Wechselwirkungen, die sich aufgrund der Versiegelung von Bodenflächen ergeben könnten, sind nicht zu erwarten.

Wasser

Durch die Baumaßnahme wird das Landwasser durch eine bestehende Brücke gequert. Eine zusätzliche Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten. Der Rutschebach und das Landwasser werden z.Zt. bereits als Vorfluter für die Straßenentwässerung genutzt.

Von Mittelherwigsdorf bis zum Landberg entwässert die B 96 über eine Sammelleitung DN 200 vom lokalen Tiefpunkt aus bei Bau-km 0+550 in den Rutschebach. Aufgrund der zukünftigen Höhenverhältnisse kann diese direkte Einleitung nicht mehr genutzt werden. Um die Einleitmengen in die vorhandenen Sammelleitungen in Mittelherwigsdorf zu verringern, wird am Beginn der Baustrecke ein Regenrückhaltebecken mit Abflusssdrosselung gebaut. Dadurch werden die Einleitmengen in den Sammelleitungen zu keiner signifikanten Erhöhung führen.

Das vorhandene Entwässerungssystem vom Landberg bis nach Oderwitz in das Landwasser bleibt weitgehend erhalten, wird jedoch i.d.R. erneuert und ergänzt. Durch den Anbau eines Radweges fällt mehr Oberflächenwasser an, welches eingeleitet wird. Da es sich dabei jedoch um unbelastetes Oberflächenwasser handelt, sind Beeinträchtigungen des Oberflächenwassers ausgeschlossen.

Eine zusätzliche erhebliche Beeinträchtigung der Gewässer Rutschebach und Landwasser ist nicht zu erwarten.

Durch die Mehrversiegelung von ca. 0,8 ha wird die Grundwasserneubildung geringfügig vermindert. Erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser sind jedoch nicht zu erwarten.

Klima und Auswirkungen auf den Klimawandel /Luft

Durch die zunehmende Versiegelung kommt es zwar im Mikroklima zu geringfügigen Veränderungen, die sich jedoch schon in der näheren Umgebung nicht mehr wesentlich auswirken. Eine Veränderung örtlicher Klimaverhältnisse ist nicht zu erwarten.

Aufgrund der prognostizierten rückläufigen Verkehrsbelegung von 4.500 Kfz/24h ist nicht mit einer Erhöhung von Schadstoffemissionen zu rechnen. Eine Verschlechterung der lufthygienischen Ausgleichsfunktion kann somit ausgeschlossen werden.

Landschaft

Durch die Maßnahme werden landschaftsbildprägende Strukturen, 68 Bäume von Baumgruppen und –reihen sowie Einzelbäume und 220 m² Gehölzflächen, in Anspruch genommen. Diese verloren gehenden Strukturen werden durch die Neupflanzung von 69 Bäumen und die Anlage von 3.781 m² flächenhafter Gehölze kompensiert, so dass erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf das Landschaftsbild nicht zu erwarten sind.

Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Kultur- und Sachgüter sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Fazit:

Bei dem Vorhaben handelt es sich um einen Ausbau einer Bundesstraße, weitgehend im Bestand, sowie dem Anbau eines Radweges auf einer Länge von 2.306 m. Nach dem Ende der Ausbaustrecke wird der Radweg noch um 161 m bis zum bestehenden Radweg in Oderwitz verlängert.

Die Beeinträchtigungen von Tieren, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft und Landschaft (Landschaftsbild) können durch entsprechende Maßnahmen minimiert bzw. in überschaubaren Zeiträumen kompensiert werden.

Erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt, die eine UVP-Pflicht begründen würden, sind demnach nicht gegeben.